

19.11.2008 – PM 76/2008

Europa

EU-Übergangsfristen für Arbeitnehmerfreizügigkeit voll ausschöpfen

Frankfurt am Main – Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) betont die Notwendigkeit, die Übergangsfristen für den Zuzug von osteuropäischen Arbeitnehmern bis 2011 voll auszuschöpfen. Der tschechische EU-Sozialkommissar Spidla hatte sich anlässlich eines gestern veröffentlichten Berichts der EU-Kommission zur Arbeitnehmerfreizügigkeit dafür ausgesprochen, die im Zuge der EU-Erweiterung vereinbarten Übergangsfristen zur Arbeitnehmerfreizügigkeit so schnell wie möglich abzuschaffen.

„Am Bau und in der Gebäudereinigung verbietet sich eine vorzeitige Öffnung von selbst. Die Dienstleistungsfreiheit für beide Branchen ist daran geknüpft, dass die Arbeitnehmerfreizügigkeit eingeschränkt wird. Im Falle einer vorzeitigen Öffnung wäre mit Zehntausenden Entsendebeschäftigten zu rechnen, die zu Dumpingkonditionen eingesetzt würden“, sagt Hans-Joachim Wilms, Fachgruppenvorsitzender innerhalb des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA). Die Folge wäre eine hohe Zahl von zusätzlichen inländischen Arbeitslosen. Zurzeit sind trotz Überwindung einer langjährigen Baukrise und einer allgemein etwas optimistischeren Entwicklung am Bauarbeitsmarkt immer noch rund 150 000 Bauarbeiter arbeitslos. In der Landwirtschaft sei eine Überschwemmung des Arbeitsmarkts dagegen nicht zu befürchten. Deutschland zahlt nach Griechenland im europäischen Vergleich die niedrigsten Löhne für Saisonarbeitskräfte.

Die Lage in den europäischen Ländern sei höchst unterschiedlich, was Arbeitslosigkeit und soziale Absicherung betrifft. So gebe es in der Mehrzahl der europäischen Staaten einen flächendeckenden existenzsichernden Mindestlohn.

„Grund für die Einführung der Fristen war die hohe Arbeitslosigkeit und ein hoher Anteil an prekärer Beschäftigung, insbesondere in unseren Branchen, wie dem Bau und der Gebäudereinigung. Die Probleme bestehen weiterhin, deshalb besteht kein Grund, die Fristen jetzt wieder aufzuheben“, sagt Wilms, stellvertretender Vorsitzender der IG BAU. „Wer solche Diskussionen schürt, trägt zu einer anti-europäischen Stimmung bei, die in vielen EU-Ländern bereits um sich greift.“

(2100 Zeichen)